

**Rede**

**der Sprecherin für Soziales, Arbeit, Gesundheit und  
Gleichstellung**

**Claudia Schüßler, MdL**

zu TOP Nr. 14 und TOP Nr. 15 – Abschließende Beratungen

**14) Ein interdisziplinäres Versorgungsangebot für  
schwer betroffene Menschen mit Fatigue-Syndrom  
etablieren**

Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU und der Fraktion  
Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/5086

**15) Fatigue-Syndrom ernst nehmen - Versorgung  
verbessern, Forschung stärken - Post-Vac sichtbar  
machen!**

Antrag der Fraktion der AfD - Drs. 19/9264

während der Plenarsitzung vom 27.01.2026  
im Niedersächsischen Landtag

*Es gilt das gesprochene Wort.*

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir beraten heute abschließend unseren Antrag zu schweren Krankheitsbildern, die leider viele Menschen betreffen, für die es aber noch keine abgeschlossene Forschung zur Behandlung gibt und bei deren Vorliegen Menschen mit einer sogenannten symptomatischen Therapie maximal durch Linderung ihrer Symptome geholfen werden kann. Wir sprechen ganz konkret über Erkrankungen wie ME/CFS sowie Long- und Post- COVID. Diese sind häufig mit einer schweren anhaltenden Erschöpfung verbunden, die das Leben der Betroffenen dauerhaft einschränkt.

Für ME/CFS ist dabei insbesondere die sogenannte Post-exertionelle Malaise charakteristisch. Das ist eine ausgeprägte Verschlechterung des Gesundheitszustandes nach einer körperlichen oder geistigen Belastung. Viele Betroffene leiden sehr unter den Symptomen, die sehr tückisch sind. Schon ganz geringe Belastungen, zum Beispiel Duschen, ein Treffen mit Freunden, eine Busfahrt, können dazu führen, dass sich die erkrankte Person danach manchmal tagelang außerstande sieht, ganz einfache Dinge zu tun, zum Beispiel aus dem Bett aufzustehen. Die Krankheitsverläufe sind sehr unterschiedlich stark ausgeprägt. Aber in den schweren Fällen werden die Betroffenen durch die geschilderten Abläufe letzten Endes komplett von der Außenwelt abgeschirmt. Das ist unvorstellbar schlimm. Für die Betroffenen und auch für deren Angehörige, die oft ganz verzweifelt helfen wollen, die aber nicht wissen, was sie tun sollen, ist die Situation fast unerträglich.

Wir haben uns daher mit dem Thema sehr intensiv beschäftigt. Sicher kennen viele von Ihnen - vielleicht nicht persönlich, aber dann doch aus Berichterstattungen aus den Orten, in denen Sie leben - Fälle von Betroffenen, und wir fühlen damit, denn das ist ein wirklich schlimmes Schicksal.

Wir haben das Thema im Rahmen einer Anhörung behandelt, weil eine solche Anhörung hierfür erforderlich war. Es gibt ganz viele Gruppen, die uns dazu gute Ideen mit auf den Weg gegeben haben. Wir hatten in der Anhörung natürlich auch die Chance, mit Betroffenen, mit Erkrankten, zu reden und deren Bedarfe zu sehen. Das war sehr hilfreich.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist gut, zu wissen, dass wir in Niedersachsen - Stand heute - mit den Angeboten besser aufgestellt sind als viele andere Bundesländer, zum Beispiel dass es den Kostenträgern, also den Krankenkassen, gemeinsam mit den Unikliniken gelungen ist, in Göttingen und Hannover Sprechstunden einzurichten, in denen die Betroffenen nach den neuesten Erkenntnissen beraten werden, sodass es zu einer Verbesserung ihres Gesundheitszustandes kommen kann, dass wir in Niedersachsen mit der sogenannten ACCESSStudie erforschen, wie den schwerstbetroffenen Menschen

geholfen werden kann. Das ist ein weiterer guter Punkt. Dabei geht es um aufsuchende Angebote, die sich an diejenigen Personen richten, die einfach nicht mehr in der Lage sind, eine Ambulanz aufzusuchen. Diese Studie kann aber nur ein Anfang sein, weil aus den Erkenntnissen in der Folge auch die richtigen Schlüsse umgesetzt werden müssen. Auch deshalb ist es wichtig, wenn wir mit unserem Antrag unserem Willen, den Betroffenen zu helfen, hier noch einmal Nachdruck verleihen.

Wir haben im Übrigen schon heute die Erkenntnis, dass die Vernetzung der Handelnden im Gesundheitssystem ein wichtiger Beitrag zur Verbesserung sein kann. Daher ist es schlicht unabdingbar, dass möglichst viele Behandelnde das Krankheitsbild einordnen können. Wir waren froh, zu hören - das will ich ausdrücklich sagen, weil es ein gutes Beispiel auch für die Vernetzungsstrukturen in Niedersachsen ist -, dass die Ärztekammer das Thema auch bei ihren Mitgliedern gezielt platziert hat, zum Beispiel durch eine große Berichterstattung in der eigenen Zeitung.

Das alles sind Bausteine in einem großen Gefüge. Dazu passt auch, dass wir mit den Haushaltssmitteln aus der politischen Liste dazu beitragen konnten, ein neues Versorgungsangebot im ländlichen Raum ins Leben zu rufen, um einen Beitrag zu dem Anspruch der möglichst umfassenden Hilfe für die Betroffenen zu leisten.

Wir sollten - das will ich kritisch sagen - wegen dieser Fortschritte, die es schon gibt, aber noch nicht in Jubel ausbrechen. Das wäre, glaube ich, das ganz falsche Signal. Es gibt nämlich noch viel zu tun. Daher ist es gut, wenn wir den Antrag heute abschließend behandeln und ihn beschließen und damit unseren Willen bekunden, dass wir den Betroffenen echte medizinische Hilfe zukommen lassen wollen. Da gilt es noch große Hürden zu nehmen. Das betrifft die Ausweitung der Off-Label-Medikation und die damit verbundene Möglichkeit der Behandlung aller Betroffenen; im Moment ist das noch auf bestimmte Gruppen bezogen. Genauso brauchen wir - das halte ich für wirklich wichtig - ein spezielles Behandlungskonzept für Kinder und Jugendliche, das es in dieser Form noch nicht gibt.

Ich möchte hier ganz versöhnlich enden, weil bei diesem Antrag die Zusammenarbeit mit den Kolleginnen und Kollegen wirklich Spaß gemacht hat und wir sehr konstruktiv waren und auch versucht haben, das, was die Betroffenen gesagt haben, in den Antrag mit aufzunehmen. Neben den Grünen will ich ausdrücklich die Kolleginnen und Kollegen der CDU erwähnen. Es ist ja nicht immer so, dass wir hier gemeinsam einen Antrag beschließen. Opposition ist ja oft nicht in der misslichen Lage, die Haushaltskonsequenzen mitbedenken zu müssen, wie wir es tun müssen, und kann viel fordern. Das ist hier nicht passiert. Ich freue mich, dass das Thema nicht populistisch bearbeitet wurde, sondern mit der gebotenen Ernsthaftigkeit.

Deshalb sage ich herzlichen Dank. Ich wünsche mir eine breite Zustimmung zu unserem Antrag.

Danke schön.